

Gender, Islam, Flüchtlinge und der Zerfall unseres Landes So können wir nicht überleben!

Von Peter Helmes

Gender – der demographische Selbstmord der Deutschen! In 12 Generationen sind wir Deutschen ausgestorben – in anderthalb Generationen bereits Minderheit!

Seit Ende der sechziger Jahre setzen sich die linken und grünen Genossen für ein sog. „Recht auf Tötung seines Kindes vor der Geburt“ ein und sind dafür verantwortlich, daß in den letzten 50 Jahren allein in Deutschland mindestens 10 Millionen Kinder vor ihrer Geburt getötet wurden, zu 90% finanziert durch den deutschen Staat.

Bevölkerungsloch durch Zuwanderung gestopft

Das entstandene Leid in den Familien ist hinter einer Mauer des Schweigens gebunkert. Und das durch die Kindestötungen entstandene Bevölkerungs- und Pensionsloch soll augenscheinlich durch Massenzuwanderung „gestopft“ werden, wodurch sich weitere Konfliktfelder auftun. So entstand nicht nur in Deutschland eine Alterspyramide, in der die jungen Menschen weitgehend fehlen. Wissenschaftler warnten schon in den siebziger Jahren vor dem Dilemma, daß ein Land ohne Kinder, ohne Nachwuchs, zugrunde gehen und sich aus der Geschichte verabschieden wird. Doch die damaligen verantwortlichen Politiker blieben gehörlos.

Statt deutscher Kinder kommen Migranten

In das Vakuum, das durch die Tötung der ungeborenen Kinder entstanden ist, strömen nun Migranten nach Europa mit ihren zahlreichen Kindern. Es kann sich jeder ausrechnen, wie viele Menschen noch kommen werden, um dieses Vakuum wieder zu füllen. 50 Jahre nach der sog. sexuellen Kulturrevolution mit all ihren negativen Auswirkungen auf unsere Gesellschaft sehen sich die europäischen Staaten einer Flüchtlingswelle unvorstellbaren Ausmaßes gegenüber.

Dazu schreibt der meinen Lesern bekannte Kommentator Klaus Hildebrandt einen Offenen Brief:

„Man könnte behaupten, es kommt, wie es kommt, doch die jetzigen Entwicklungen sind von so weitreichender Bedeutung für uns alle, dass ich es als Christ und Bürger unseres Landes als meine Pflicht betrachte, meinerseits eindringlich auf den Ernst der Lage hinzuweisen. Die drastische Zunahme des Rechtsextremismus gerade im Osten des Landes hängt unmittelbar mit der immer größer werdenden Anzahl so genannter Flüchtlinge zusammen, wovon viele in den Augen der Bürger überhaupt keine sind. Diesen Zusammenhang zu ignorieren, wäre einfach unklug und naiv, und würde das Problem nur noch vergrößern und verstetigen. Ohne die Rücknahme der formal immer noch bestehenden offenen Einladung Frau Merkels an die Welt, wird es wohl auch nicht klappen, den nicht endenden Zustrom der Menschen aus ganz Asien und Afrika effektiv und maßgeblich zu reduzieren, geschweige zu stoppen. Grund dafür ist die Unfähigkeit und Zerstrittenheit unserer Bundesregierung, von den im Bundestag vertretenen linken Oppositionsparteien ganz zu schweigen.“

Flüchtlinge hin und Flüchtlinge her: Es gibt weitere und nicht zu leugnende Gründe für die Unzufriedenheit der Bürger, die sich über Jahre hinweg langsam aber stetig

aufbaute. So verschenkte und verschwendete die jetzige Bundesregierung in den letzten 10 Jahren durch ihre billige Scheckbuch-Diplomatie fortlaufend Milliarden Euro an Menschen und Länder, die, nüchtern betrachtet, fast immer im ausländischen Boden versickerten, wo sich Menschen hierzulande zeitgleich kaputt arbeiten und zunehmend viele kaum noch über die Runden kommen. Durch die staatliche und kirchliche Förderung der grünen und linken Gender-Idiotie erfolgte parallel die gezielte Zerstörung der traditionellen Familie, was nun einen gravierenden Kindermangel zur Folge hat. Die letztlich durch staatliche Steuerung schon fast erzwungene Berufstätigkeit der Frau, versetzte der Familie dann den Todesstoß.

Wer sich dem langjährigen Druck linker Kräfte beugte, wie es die CDU erkennbar tat, darf sich nicht wundern, wenn sich die heute im jugendlichen Alter befindenden einstigen Kinder dann dem linken Straßen-Mob anschließen. Die Folgen dieser unverantwortlichen Politik sind nicht mehr zu übersehen, was nun zu den bekannten Ausschlägen nach rechts führt.

Wer wie Frau Schwesig Mittel für die Bekämpfung jeglichen Extremismus freihändig nur gegen "Rechts" umpolt, fördert gezielt "Links", womit sie zur Zerstörung einer für Deutschland empfindlichen Balance beiträgt. Nicht überrascht in diesem Zusammenhang die gestrige Meldung, dass die Emanzipationsministerin nun eine Verdoppelung des Titels auf satte 100 Mio. plant und damit genau das Gegenteil erreichen wird, nämlich die Provokation der "Rechten", wobei sich ohnehin die Frage stellt, warum der Titel bei ihr und wegen des klaren Bezugs zur Inneren Sicherheit nicht besser beim Bundesinnenministerium angesiedelt ist. Schon dieses Beispiel verdeutlicht die linke Gesinnung Frau Schwesigs.

Wenn sich Polizisten heute von linken Randalierern regelmäßig bespucken und verprügeln lassen müssen (<https://mopo24.de/nachrichten/linksradikale-drohen-mit-truemmern-in-clausnitz-49514>) und dabei keinerlei Deckung mehr von der Politik bekommen, dann ist auch das ein Beleg für schlechte Politik. Zur Verdeutlichung erinnere ich an den jährlichen Berliner **Marsch für das Leben**, wo tausende ausnahmslos friedliche Demonstranten aus allen Teilen Deutschlands lautlos durch die Straßen Berlins marschieren wollten, um auf diese Weise für den Lebensschutz Zeugnis zu geben.

Wie konnte es der Staat zulassen, dass diese authentischen Menschen, ja z. T. sogar Behinderte, trotz des Großaufgebots der Berliner Polizei nur unter allergrößten Schwierigkeiten vor den handgreiflichen Übergriffen hunderter linker Chaoten, Straßenkinder, Schwulen und Lesben geschützt werden konnten? Und warum berichtete der linke Staatsfunk nichts darüber? Ich frage Sie: Sind solche Verfehlungen und die von der Kölner Silvesternacht in den Augen der Politik das Markenzeichen deutscher Demokratie und Menschenrechte? Sind Chaos und Anarchie also der ultimative Beleg dafür, wie "frei" und selbstbewusst wir Bürger Deutschlands doch sind?

Wie kann es sein, dass eine im Bundestag vertretene Partei wie die Linken ungeniert öffentlich und unbestraft zu Gegenblockaden aufruft und den aus nur Schwulen, Lesben, ja meist Straßenkindern bestehenden Straßen-Mob mit ihren Forderungen nach Abtreibung und "Analsex für Alle" dazu sogar noch finanziell unterstützt? Das sind die von der Politik gezüchteten Bürger von heute und morgen.

Warum tut ein Staat das seinen Bürgern an? Sucht er etwa das Chaos, oder findet er diese Entwicklung vielleicht sogar lustig? Die Quittung dafür bekommen wir jetzt alle auf den Tisch. Wo blieb die Antwort von Bundestagspräsidenten Norbert Lammert auf die zahlreichen an ihn gerichteten Eingaben und Bitten, der linken Abgeordneten Frau Katja Kipping vor dem ganzen Parlament für ihre menschenverachtende Aktion die roten Haare zu waschen und zu maßregeln? Die Appelle der besorgten Bürger blieben alle unbeantwortet.

In einem Land, in dem selbst Salafisten mit Samthandschuhen behandelt und nur "beobachtet" werden, und in dem kaum noch angemessene Rechtsprechung mehr erfolgt, können sich ordentliche Menschen nicht mehr sicher und m.E. auch nicht mehr wohl fühlen. Politik und Kirchen verkörpern heute wahrlich keine Werte und Vorbilder mehr und reagieren nur noch.

Wer wichtige Grundwerte wie Ehe und Familie nicht mehr – wie es die Verfassung vorsieht – aktiv schützt, fördert den Zerfall des Landes und verursacht darüber hinaus Kosten in Milliardenhöhe, für die dann der Bürger letztendlich wieder aufkommen muss. Insofern bin ich Herrn Ministerpräsidenten Tillich aus Sachsen für seine gestrige Aussage äußerst dankbar, wenn er zu den rechtsextremen Ausschreitungen in seinem Bundesland Sachsen einen ganz konkreten Bezug zum "Elternhaus" zieht, was, schaut man genau hin, auf die absolut erbärmliche Familien- und Emanzipationspolitik der SPD à la Schwesig reflektiert.

Wenn ein Staat meint, den Bürgern wie in der DDR dann auch noch die Erziehung der Kinder abnehmen zu müssen, damit möglichst alle Frauen berufstätig werden können und sollen, dann ist ab sofort allergrößte Skepsis angesagt (s. auch so genannte "Bildungspläne" von SPD und Grünen). Es ist also höchste Zeit, dieser Entwicklung Paroli zu bieten, um uns vor dem drohenden Sozialismus und vielleicht noch Schlimmerem noch rechtzeitig schützen zu können.

Es gibt sie also, die tieferen Gründe für das gegenwärtige Chaos, und ich könnte noch andere nennen. Kommen dann auch noch Faktoren wie die immer noch ungelöste, teure Eurokrise und eine schlichtweg durch die Sturheit einer einzigen Person ausgelöste Einwanderungswelle von Muslimen hinzu, läuft das Fass über und bringt inzwischen sogar ganz Europa ins Wanken (s. Schengen).

Staat und Kirchen haben kläglich versagt. Sie beschäftigen sich lieber mit sich selbst und Dingen, die sie andererseits überhaupt nichts angehen und bestenfalls ins Privatleben der Bürger fallen. Wer Straftaten begeht – und das sollte gleichermaßen auch für Politiker und Parlamentarier gelten (s. Fall Edathy) – muss wieder zur Verantwortung gezogen werden, auch wenn unsere Gefängnisse bereits überfüllt sind und horrenden Kosten verursachen. Hätten wir es mit einer verantwortungsvollen und auf Werten beruhenden Politik zu tun, wäre das alles nicht nötig.

Und vergessen wir bei der ganzen Diskussion auch nicht die Rolle des Christentums, dem wir ganze 70 Jahre Frieden verdanken, und welches nun droht, der "modernen" aber subtil ideologisch aggressiven deutschen Politik zum Opfer zu fallen. Freiheit hat seine Grenzen, und die scheinen wir nun aus eigenem Verschulden erreicht zu haben. Wer sich also wie Frau Schwesig und Frau Merkel nur noch dem Kampf gegen rechts verschreibt, will links und macht alles noch schlimmer. Ist es also ein Wunder, wenn Bürger der AfD hinterherlaufen, wenn sie sich von Politik und Kirchen

nicht mehr verstanden und vertreten sehen? Eine Regierung, die sich um alles Mögliche kümmert, nur nicht um die eigentlichen Belange der Bürger, die auch noch den bequemen Sessel finanzieren, ist fehl am Platz.

Auch wenn Sie meine Zeilen möglicherweise belächeln, so dienen sie doch der Aufklärung vieler "blinder" Mitleser, die eins gemeinsam haben: Sie sorgen sich um die ihre Zukunft und die Ihrer Kinder. Tun Sie was, stehen Sie endlich auf, auch die Abgeordneten der CDU, bevor es zu spät ist, denn wir befinden erst am Anfang der Auflösung! Auch für das laufende Jahr sind schon wieder 1 Mio. Flüchtlinge angesagt. Machen Sie schnellstens die Grenzen dicht!

Was Sie aus eigenem Verschulden heraus jetzt vermutlich nicht mehr über die europäische Schiene schaffen, muss national möglich sein. Und diskriminieren und diffamieren Sie nicht souveräne Staaten wie Polen, Ungarn und weitere, die sich verantwortungsvoll zum Schutze ihres Volkes vor einer drohenden Katastrophe verhalten. Was zurzeit in Deutschland abläuft, hat mit "good governance" nichts mehr zu tun. Die Lage ist ernst, sehr ernst. Politik, Medien sowie Kirchen spielen mit dem Feuer und sollten ihre Akten endliche ´mal zusammenbekommen.

"Wir schaffen das!" Was sollten wir denn noch alles schaffen und wozu überhaupt? Menschen arbeiten sich zu Tode und haben nichts davon. Wir Bürger möchten doch genau wie Sie, Politiker und Kirchenvertreter, nur in Sicherheit und Frieden leben, um dann irgendwann ´mal zu sterben. Tun Sie nicht so scheinheilig, gutmenschlich ideologisch, und kehren Sie zurück zur Vernunft! Deutschland gehört weder Frau Merkel noch der Bundesregierung, und Europa gehört nicht Deutschland. Hätten Sie mal besser früher den offenen und ehrlichen Dialog mit den Bürgern gesucht, anstatt Systemkritiker reflexartig schon beim Öffnen des Mundes als Rechtsextreme und Pack zu verurteilen, dann wäre uns das alles wohl erspart geblieben. Schaffen wir's wirklich noch? Ich habe meine Zweifel. Schuld an dieser Entwicklung sind einzig und allein Bundesregierung und die im Parlament vertretenen Parteien.

Und nun wünsche ich allen einen schönen Tag.

Freundliche Grüße, Klaus Hildebrandt

Gesendet: Montag, 22. Februar 2016 um 12:53 Uhr

Von: N. N.

Betreff: Leserbrief aus F.A.Z. / F.A.S.

MONTAG, 22. FEBRUAR 2016, POLITIK

„Es wird höchste Zeit

Bei dem Titel „Tausendundeine Nacht“ (F.A.Z. vom 18. Januar) kann man kaum umhin, die weitblickende Politik von Harun al Rashid und Karl dem Großen in Erinnerung zu rufen. Harun al Rashids Kalifat pflegte diplomatische Beziehungen im frühen 9. Jahrhundert zu China, Indien wie auch zum Frankenreich Kaiser Karls. Berühmt ist sein Geschenk eines indischen Elefanten an Kaiser Karl. Leider ist solch respektvoller, weiser Umgang zwischen dem „christlichen Abendland“ und dem „muslimischen Morgenland“ in dem folgenden Jahrtausend völlig abhandengekommen.

Der historische Bericht der beiden Professoren Fuess und Werner zeichnet sehr gut die Entwicklung des sunnitischen und schiitischen Islams nach und die damit verbundenen politischen Implikationen, besonders in Nahost. Die Frage ist: Können wir daraus irgendetwas lernen und Prognosen wagen, wie sich die islamische

Religion im Laufe dieses Jahrhunderts entwickeln wird? Denn dies muss zumindest die „alte Welt“ vital interessieren, vor allem aufgrund der seit dreißig Jahren aggressiv und teilweise terroristisch auftretenden neuen islamischen Gruppierungen. Ich hoffe, nicht zu weit zu gehen, wenn ich diese Frage für mich mit einem eindeutigen Nein beantworte.

Es wird höchste Zeit, islamische Entwicklungen global zu analysieren und wissenschaftlich, politisch und wirtschaftlich zu begleiten. Wer weiß hier schon, dass Indonesien mit über 200 Millionen Muslimen das mit Abstand größte islamische Land ist und dass der Islam nach Indonesien ohne kriegerische Begleitung kam. Oder dass Pakistan 130 Millionen, Bangladesch 120 Millionen, Indien 100 Millionen Muslime hat. Diese Entwicklungen werden gut erforscht durch das amerikanische pew-Institut. Dieses sagt für 2050 voraus, dass der Islam das Christentum zahlenmäßig überholt haben wird. Aber auch die Kirchen werden gegenüber den islamischen „Anbietern von Religion“ vor großen Herausforderungen stehen. Sie sind heute auch die größten „Lieferanten“ der schnell wachsenden Gruppe derjenigen, die sich keiner traditionellen Religion mehr zugehörig fühlen.“

Verena Maria Dittrich schreibt auf www.DIEWELT.de am 23. Februar 2016 unter dem Titel

Das Land gärt, es ist in Bewegung, es leidet:

„Ist Merkel die "Kanzlerin der leeren Hände?", fragte daher Frank Plasberg bei "Hart aber fair" seine Gäste: CDU-Politiker Jens Spahn, Wilfried Scharnagl, Ex-Chefredakteur des "Bayern-Kurier" und Weggefährte von Franz Josef Strauß, SPD-Mitglied Gesine Schwan, Autor und Verleger Wolfram Weimer sowie die Parteivorsitzende der Linken, Katja Kipping. Zehn Minuten lang reflexartige Empörung.

Die Flüchtlingskrise ist auch eine Gesellschaftskrise

Wolfram Weimer aber bringt es auf den Punkt: "Die Lage ist bitterernst!" Und das sei sie nicht erst seit den Vorfällen in Sachsen. "Das Land gärt, es ist in Bewegung, es leidet". Die Flüchtlingskrise sei nicht nur eine Staats- und Regierungskrise, sie sei auch eine Gesellschaftskrise, die eben nicht nur im TV und in den Medien stattfindet, sondern sie sei, wie Spahn ergänzt, seit Langem die erste Krise, "die alle spüren, und über die alle reden."

Und genau das ist, zumindest in der Union, eines der größten Probleme: Dass zu viel geredet und zu wenig umgesetzt wird. 160.000 Flüchtlinge sollen verteilt werden, 700 werden verteilt, um nur eines davon zu benennen.

Am Solidaritätsbegriff scheiden sich die Geister

Stichwort: Solidarität. Auch hier kommen die Gäste auf keinen gemeinsamen Nenner. Möglicherweise, weil der eine mit dem Wort schlichtweg nichts anfangen kann und der andere seine eigene Vorstellung davon hat. Während Kipping findet, "Solidarität gehöre nicht zum Umgangston Europas", widerspricht Spahn ihr entschieden: "Aber ein Land, das so viel hilft, ist doch solidarisch! Wir haben gerade eine Million aufgenommen." (...)

Schon jetzt ist die EU, wie Wolfram Weimer sagt, "schwach und zerstritten". Während Brüssel "Gift und Galle spuckt", kommen trotz diverser Treffen und Gipfel

wieder deutlich mehr Flüchtlinge in Griechenland an. Merkel setzt darauf, die EU-Außengrenzen zu sichern, aber sie setzt auch auf Erdogan.

...Aber warum nehmen wir die Flüchtlingskrise nicht in die eigene Hand? Warum geben wir Ländern wie Portugal und Spanien, die bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen, nicht Geld? Warum helfen wir denen nicht? Ist es polemisch, wenn wir uns Solidarität kaufen, will Plasberg daraufhin wissen.

Während Schwan den "entscheidenden Schlüssel" zur Lösung des Problems in der "Zurückgewinnung der Kontrolle" sieht, spricht Kipping sich erst einmal für eine fast schon blümsche Sozialgarantie aus: Soziale Unruhen befrieden. Dem Volk sagen, dass die Renten nicht gekürzt werden.

Der 13. März wird schwere Erschütterungen hervorrufen

Zum Schluss kommt sie dann noch einmal auf, die Frage nach der Obergrenze und wer Merkel zu einer Kursänderung bringen kann. Scharnagl hat eine Idee: Merkel könnte vor die Kamera treten und sagen: Wir haben die Grenzen aufgemacht. Wir haben vielen geholfen, aber jetzt müssen wir wieder zu geordneten Grenzen zurückfinden. Dass eine solche Ansage einen "Wandel" schaffen könnte, daran glaubt der einstige Strauß-Gefährte fest.

Wie es in der Flüchtlingsfrage und auch mit der Kanzlerin weitergeht, wird sich spätestens am 13. März in drei Bundesländern entscheiden. Das ist der Tag, auf den wir zulaufen. Weimars Prognose: Dieser Tag wird eine "schwere Erschütterung" hervorrufen. Es ist der Tag, an dem "unsere Volksparteien abgestraft werden."...

Quellen: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/169431>

<https://mopo24.de/nachrichten/linksradikale-drohen-mit-truemmern-in-clausnitz-49514>

<https://conservo.wordpress.com/2016/02/21/gender-abtreibung-und-das-sterben-des-deutschen-volkes/>

24.02.2016